

Kurzzusammenfassung

Zivilgesellschaftliches Lagebild

Antifeminismus 2025

Antifeminismus ist zu einer relevanten gesellschaftlichen und demokratiepolitischen Herausforderung geworden. Antifeministische Angriffe richten sich nicht nur gegen einzelne Personen, sondern zunehmend gegen Gleichstellungspolitik, Gewaltschutz, queere Sichtbarkeit und die zivilgesellschaftlichen Strukturen, die Demokratie und Teilhabe stärken. Das Lagebild schließt eine bisher bestehende Datenlücke und macht sichtbar, was Betroffene und Organisationen seit Jahren erleben.

Antifeminismus manifestiert sich als organisiertes Vorgehen und politische Strategie. Er repräsentiert eine Weltanschauung oder Ideologie, die sich gegen Gleichstellung, körperliche, reproduktive und geschlechtliche Selbstbestimmung sowie feministische Errungenschaften richtet. Antifeminismus baut auf Sexismus, Misogynie und LSBTQIA⁺-Feindlichkeit auf und ist eng verknüpft mit weiteren Abwertungsideologien wie Rassismus, Antisemitismus und Behindertenfeindlichkeit. Als Ideologie und Bewegung ist Antifeminismus dynamisch und passt sich zeitgenössischen Kontexten an – als Reaktion auf spezifische Auseinandersetzungen rund um Geschlechtergerechtigkeit, Vielfalt an geschlechtlichen, sexuellen und familiären Lebensentwürfen, feministischen Gewaltschutz und Bildungsarbeit in diesen Bereichen. Dies schließt die Ablehnung von Frauen- und Geschlechterforschung und der Gleichberechtigung von LSBTQIA⁺-Personen mit ein und äußert sich grundsätzlich auch in Angriffen gegen Organisationen, Institutionen und Personen, die sich für diese Themen und Emanzipationsbestrebungen einsetzen oder damit assoziiert werden.

Meldestelle Antifeminismus

Seit Februar 2023 ermöglicht die **Meldestelle Antifeminismus** als zivilgesellschaftliches Angebot die Dokumentation von antifeministischen Vorfällen bzw. von Erfahrungen mit antifeministisch motivierten Angriffen und Gewalttaten. Eingegangene Meldungen durchlaufen ein technisch abgesichertes Verifizierungs- und Anonymisierungsverfahren, bevor sie kategorisiert und der qualitativen Analyse zugeführt werden. Diese Analyse erfolgt entlang von fachlich-fundierte Kriterien, welche fortlaufend evaluiert und transparent dargestellt werden. Die Meldestelle Antifeminismus kann so belegbare Daten liefern, um das sogenannte Hellfeld der polizeilichen Statistiken zu ergänzen.

Seit 2025 ist die Arbeit der Meldestelle Antifeminismus in die Tätigkeit der Zentralen Anlaufstelle und Fachberatung bei organisierter Frauenfeindlichkeit und Antifeminismus (ZAFFA) des Vereins Lola für Demokratie e.V. eingebettet. Zur Arbeitspraxis gehört es, Betroffenen und weiteren spezifischen Zielgruppen den Zugang zu relevanten Informationen und Unterstützung zu ermöglichen sowie fall- und themenspezifische Fachberatung und Fortbildungen zum Umgang mit Antifeminismus anzubieten.

Inhaltshinweis

Im Rahmen der Auseinandersetzung mit antifeministischen Vorfällen und Inhalten werden in den folgenden Beiträgen antifeministisch motivierte Angriffsformen und Dynamiken benannt, zudem werden einzelne der dokumentierten Vorfälle und Beispiele für Antifeminismus in 2025 in knapper Form geschildert. Dies beinhaltet u.a. Formen schwerer sexualisierter Gewalt und bildbasierter sexualisierter Gewalt, rassistische, antisemitische und queerfeindliche Gewalt sowie menschenfeindliche Diskriminierungspraxen und Aussagen.

Impressum:

Lola für Demokratie e.V. – für Geschlechtergerechtigkeit und den Abbau von Diskriminierung | Heiligengeisthof 3, 18055 Rostock.

Vertreten durch: Heike Radvan.

Redaktion: Palo Quirion, Ans Hartmann, Dr. Atlanta Ina Beyer, Dr. Victoria Scheyer

Veröffentlichung: Juli 2026

Weitere Informationen:

ZAFFA – Zentrale Anlaufstelle bei organisierter Frauenfeindlichkeit und Antifeminismus

info@lola-fuer-demokratie.de | www.lola-fuer-demokratie.de/beratung

Meldestelle Antifeminismus

team@antifeminismus-melden.de | www.antifeminismus-melden.de

Zum vollständigen Zivilgesellschaftlichen Lagebild Antifeminismus 2025

Das Projekt ZAFFA in Trägerschaft von Lola für Demokratie e.V. wird gefördert durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.



antifeminismus-
melden.de



Gefördert vom



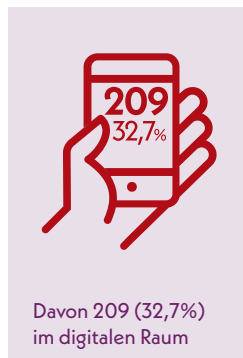
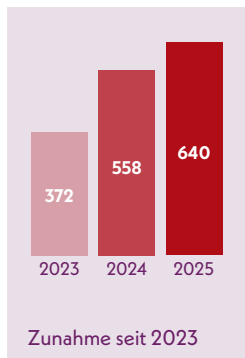
Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Antifeministische Vorfälle in Deutschland 2025

Dokumentierte antifeministische Vorfälle 2025



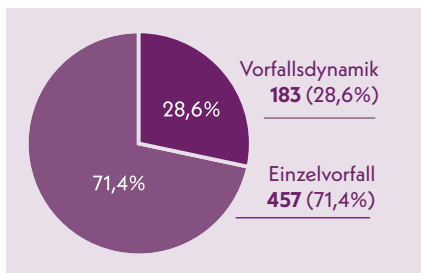
640

Antifeministische Vorfälle

starke Zunahme der Angriffsmotive

Frauenfeindlichkeit	Sexismus
geschlechtsspezifische Gewalt	
Rassismus	
Extrem rechte Ideologien	

Vorfallsgeschehen



169

Angriffe auf zivilgesellschaftliche Institutionen und Organisationen

95

Angriffe mittels Androhung physischer, psychischer u/o sexualisierter Gewalt, (z.B. Vergewaltigung- oder Morddrohung)

53

Fälle antifeministisch motivierter physischer Gewalt und Übergriffe

101

Fälle von antifeministisch motivierter Sachbeschädigung

9

Organisiertes Verbreiten und Propagieren schwerwiegender geschlechtsspezifischer Gewalt

Unterstützung und Fachberatung

82

unterstützte Betroffene

60

Fachberatungen sowie Fortbildungen

650

Gleichstellungsbeauftragte, frauenpolitische Verbände und Organisationen, Gewaltschutzeinrichtungen und andere zivilgesellschaftliche Initiativen beraten und fortgebildet

Bedarfe und Anforderungen im Umgang mit Antifeminismus

- Schutz und Förderung von Engagement und demokratischer Aushandlungsräume zu Geschlechtergerechtigkeit
- Strategien zum Umgang mit der digitalen Verbreitung frauenfeindlicher Inhalte und der Zunahme antifeministischer Radikalisierung
- Kollegialer Austausch, gegenseitige Stärkung angesichts weiterhin zunehmender antifeministischer Angriffe auf Zivilgesellschaft und Gleichberechtigung weltweit

Hier Erfahrungen teilen



antifeminismus-melden.de

Die bundesweite Meldestelle dokumentiert antifeministische Vorfälle, macht Betroffenenperspektiven und fachliche Analysen sichtbar und setzt sich für Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung ein. Die Meldestelle Antifeminismus ist Teil der „Zentralen Anlaufstelle und Fachberatung bei organisierter Frauenfeindlichkeit und Antifeminismus (ZAFFA)“ des Vereins Lola für Demokratie e.V.

1. Statistische Kurzübersicht: 640 antifeministische Vorfälle in 2025

Im Jahr 2025 wurden der Meldestelle Antifeminismus 759 valide Vorfälle gemeldet, davon 640 als antifeministisch eingestuft. 457 Vorfälle (71,4 %) waren Einzelfälle, also bspw. eine einzelne sexualisierte Gewaltandrohung per Brief – 183 Vorfälle (28,6 %) waren komplexere Dynamiken wie koordinierte Kampagnen. Der digitale Raum spielte bei 209 Vorfällen (32,7 %) eine zentrale Rolle. Bei 139 Fällen (21,7 %) wurde angegeben, dass sie auch bei der Polizei angezeigt wurden.

Antifeminismus durchdringt alle Bereiche des Lebens: Er findet on- und offline statt, Angriffe treffen Betroffene im Kontext ihrer Arbeit (150 Fälle), Vorfälle geschehen im Wohnviertel, im öffentlichen Nahverkehr oder in anderen Bereichen des öffentlichen Raums (304 Fälle), im privaten Umfeld (49 Fälle) sowie in Bildungseinrichtungen wie Kindergärten, Schulen oder Universitäten (47 Fälle). Betroffene erleben Feindbildmarkierungen, Diffamierungen und gezielte Desinformation in digitalen und analogen Medien (233 Fälle) sowie im politischen Diskurs (89 Fälle). Auch Community-Räume und Gedenkort werden angegriffen (192 Fälle), bspw. Frauen-Cafés, Treffpunkte für queere Jugendliche oder Erinnerungsstätten queerer Widerstandskämpfer*innen im Nationalsozialismus. Und nicht zuletzt trifft Antifeminismus die Fachverbände, die sich für Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit einsetzen (74 Fälle).

Angriffsziele, -formen, -themen und -motive

Die anonymisierten Vorfälle werden bei der Meldestelle Antifeminismus anhand von drei Ebenen bewertet und kategorisiert: dem Angriffsziel (wer ist betroffen oder wird als Feindbild markiert), der Angriffsform und ihrem Kontext (z. B. Bedrohungen, verbale Angriffe, Brandstiftung oder digitale Gewalt) sowie den Angriffsthemen und -motiven. Letztere zeigen, welche Botschaften, Ideologien und Strategien hinter den Vorfällen stehen und machen häufig Verbindungen zu anderen Formen von Ungleichwertigkeitsideologien sichtbar. Ausführliche Informationen zu den fachlichen Einordnungskriterien finden sich im Lagebild auf S. 18/19.

Angriffsziel

Neue Höchststände erreichten die Zahlen der Angriffe auf Einzelpersonen (170) und zivilgesellschaftliche Organisationen (169). Fast die Hälfte (74) der Angriffe auf Organisationen traf Projekte, die sich für Gleichberechtigung und Menschenrechte einsetzen. Frauenorganisationen und Fachverbände im Feld geschlechtsspezifische Gewalt waren besonders betroffen. Die Strukturen selbst wie auch Mitarbeiter*innen, die als Fachkräfte und Teil des bundesweiten Hilfesystems Betroffene von geschlechtsspezifischer Gewalt unterstützen, werden zunehmend aggressiver und gezielt angegriffen. Dokumentiert wurden u.a. verbale und sexualisierte Übergriffe, Sachbeschädigungen bis hin zu Brandstiftungen – etwa bei Fachberatungsstellen und Anti-Gewalt-Projekten –, das Veröffentlichen der Adressen von Frauenhäusern oder Hasskampagnen gegen Fachverbände.

Angriffsziel*	Anzahl (N=640)	Anteil in %
Einzelpersonen	170	26,60%
Zivilgesellschaftliche Institutionen/Organisationen	169	26,40%
Gesellschaftliche Gruppen als Ganzes (GMF)	103	16,10%
Institutionen (staatliche, wirtschaftliche, medizinische, religiöse, kulturelle sowie Bildungs-Institutionen)	50	7,80%
Diskursebene: Markierung virulenter Themen/Diskurse (z.B. gezielte strategische Instrumentalisierung von Themen, i.d.R. auch gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bzw. marginalisierte Gruppen betreffend)	148	23,10%

* Für die bessere Darstellbarkeit erfolgt in Bezug auf das Angriffsziel eine vorrangige Zuordnung, obgleich für einzelne Fälle auch mehrere Beschreibungen zutreffen können

Angriffsformen und -kontexte

Die 2025 erfassten Angriffsformen und -kontexte machen vor allem einen Trend deutlich: Antifeminismus äußert sich zunehmend in aggressiven Übergriffen und Gewalt. In 94 Fällen gingen antifeministische Angriffe mit der Androhung von physischer, psychischer und/oder sexualisierter Gewalt einher, also z.B. Vergewaltigungs- und Morddrohungen. In 53 Fällen waren Personen physischer Gewalt und Übergriffen ausgesetzt und auch sexualisierte Gewalt und Übergriffe wurden in 26 Fällen als Angriffsmittel genutzt. 101 Sachbeschädigungen wurden gezählt. Das große Ausmaß an 204 Fällen verbaler Übergriffe und Beleidigungen, mehr als doppelt so viele wie noch im vergangenen Jahr, weist ebenfalls auf eine Erhöhung des Aggressions- und Gewaltpotenzials hin: Nahezu jeder dritte dieser verbalen Übergriffe ging mit massiven Gewaltandrohungen einher, bei fast jedem fünften folgte darauf körperliche Gewalt. Wie bereits 2024 wurden erneut 11 geplante und/oder umgesetzte antifeministische Anschläge erfasst, bei denen es sich vornehmlich um Brandstiftungen sowie Angriffe mit Waffen gegen queere zivilgesellschaftliche Organisationen, gleichstellungspolitisch engagierte sowie queere Einzelpersonen handelt – auch CSDs waren im Jahr 2025 das Ziel von Terrorandrohungen. Aber auch strukturelle Angriffe, etwa auf die Arbeit von (kommunalen) Gleichstellungsbeauftragten sowie auf Maßnahmen und Instrumente zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit, sowie entsprechende politische Mobilisierungen haben deutlich zugenommen

Angriffsformen/-kontext*	Anzahl
Verbale Übergriffe und Beleidigungen	204
Kontext Politik: Angriffe auf Gleichstellungsstellen und Instrumente zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit durch verwaltungsrechtliche Maßnahmen, Mobilisierung in politischen Gremien und im politischen Diskurs	148

Angriffsformen/-kontext*	Anzahl
Kontext digitale Medien: Antifeminismus in Sozialen Medien, auf Webseiten und Blogs	147
Antifeministische Raumnahme und Propaganda im öffentlichen Raum	133
Sachbeschädigung	101
Androhung von physischer, psychischer u/o sexualisierter Gewalt (z.B. Vergewaltigungs- und Morddrohungen)	94
Politische Mobilisierung und Feindbildmarkierung (v.a. aus dem extrem rechten oder religiös-fundamentalistischen Spektrum)	89
Antifeministische Demonstrationen und Veranstaltungen	89
Kontext Medien: Feindbildmarkierungen und antifeministische Mobilisierung in medialen Beiträgen (z.B. Buch-, Fernseh-, Radio-, Podcast- oder Zeitungs-/Zeitschriftenbeiträge)	82
Angriffe/Bedrohung via E-Mail, Brief, Anruf oder direkter Hassnachricht	68
Zerstörung (queer-/feministischer Symbole (z.B. Diebstahl, Verbrennen, ... – davon 48 auch Sachbeschädigung)	54
Physische Gewalt und Übergriffe	53
Organisierte Kampagnen und Hate Storms (die sich direkt gegen engagierte Frauen und LSBTIQA+ richten)	36
Sexualisierte Gewalt und Übergriffe als Angriffsform bei antifeministischen Vorfällen	26
Juristische Angriffe und strategische Nutzung antifeministischer Erzählungen in juristischen Verfahren (z.B. SLAPP-Klagen)	16
Antifeministische Bildungs- und Informationsangebote (z.B. Dating Coaches)	16
Institutionelle Barrieren, Benachteiligung, Diskriminierung	15
Doxing (Sammeln und Veröffentlichen persönlicher Daten mit dem Ziel der Mobilisierung gegen/Gefährdung von Betroffenen)	12
(Geplante/umgesetzte) Antifeministische Anschläge (u.a. Brandstiftung, Angriffe mit Waffen)	11
Organisiertes Verbreiten und Propagieren von schwerwiegender geschlechtsspezifischer Gewalt (sexualisierte, frauenfeindliche, physische Gewalt) (u.a. KI-generierte Femiziddarstellungen, Foren und Chatgruppen zum Austausch über erfolgte Vergewaltigungen und die Planung sexualisierter Gewalt, Verbreiten von entsprechendem Bildmaterial)	9
Angriffe mit technischen Mitteln (bspw. durch Malware oder mit Hilfe von KI)	3
Verweigerung von medizinischer Versorgung, Gewalt im medizinischen Kontext	3
Organisiertes Vorgehen gegen gewaltbetroffene Mütter/Antifeminismus im Kontext von Sorge- und Umgangsrechtsverfahren	3

* Eine Meldung, die als antifeministischer Vorfall erfasst wird, beschreibt in vielen Fällen zeitliche Verläufe und Dynamiken, die mit mehreren Angriffen und verschiedenen Angriffsformen einhergehen – Mehrfachzuordnungen sind daher möglich.

Angriffsmotive

Ein Radikalisierungstrend spiegelt sich auch in den Angriffsmotiven, die den gemeldeten Vorfällen im Jahr 2025 zugrunde lagen: Insbesondere bei den Themen Misogynie und geschlechtsspezifische Gewalt ließ sich ein enormer Zuwachs beobachten. Bei den 166 misogyn motivierten Angriffen – ein Viertel der Gesamtfälle – lag die Zunahme bei 60 Prozent, bei geschlechtsspezifischer Gewalt waren es 35 Prozent (113 Fälle). Wie im Vorjahr blieb Queerfeindlichkeit mit 361 Fällen eines der zentralen Angriffsmotive, das häufig in Verschränkung mit extrem rechten Ideologien, Misogynie, Rassismen und/oder christlich-basiertem Fundamentalismus auftrat.

Angriffsthema/Angriffsmotiv*	Anzahl von 640	Steigerung im Vergleich zu 2024**
Kernfelder antifeministischer Angriffe		
Misogynie	166	+62,7 % (102)
Gleichstellung	69	+331,3 % (16)
Geschlechtsspezifische Gewalt	113	+34,5 % (84)
Körperliche Selbstbestimmung (bspw. Gehsteigbelästigung, Angriffe auf Ärzt*innen und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen)	46	+91,7 % (24)
Sexismus	91	+59,6 % (57)

Angriffsthema/Angriffsmotiv*	Anzahl von 640	Steigerung im Vergleich zu 2024**
Sexistische Geschlechterrollen, „Dating Coaching“, „Pick-Up-Strategien“	51	+59,4 % (32)
Geschlechtliche Vielfalt (bspw. Angriffe unter dem Kampfbegriff „Gender-Ideologie“ oder im Kontext von Aufklärungsprojekten/Fachstellen zu geschlechtlicher Vielfalt)	75	+31,6 % (57)
Wissenschaft und/oder Gender Studies	42	+281,8 % 11
Geschlechtergerechte Sprache	35	-20,5 % (44)
Queerfeindlichkeit	361	+23,2 % (306)
davon explizit Transfeindlichkeit	123	+/- 0 (123)
davon explizit Lesben-/Schwulen-/Homofeindlichkeit	58	-- (neu)
davon explizit Inter*feindlichkeit	20	-- (neu)
davon explizit Asexualitätsfeindlichkeit	1	-- (neu)
davon explizit Bi-feindlichkeit	1	-- (neu)
Sexarbeitsfeindlichkeit	16	+60 % (10)
Ideologische Bezüge und Mobilisierungsfelder		
Extrem rechte Ideologie	313	+35,5 % (231)
NS-Relativierung	21	+162,5 % (8)
Verschwörungserzählungen	38	+5,6 % (36)
Religiös begründeter Fundamentalismus, v.a. christlich-basierter Fundamentalismus	66	+94,1 % (34)
Maskulismus/Männerrechtler	23	+43,8 % (16)
Organisierte Väterrechtler, Umgangs-/Sorgerecht	5	+25 % (4)
Familialismus (d.h. Bezug auf das Ideal einer heterosexuellen Kleinfamilie, in der starre Geschlechterrollen herrschen und die das Zentrum der Nation/des „Volkes“ bilden soll)	47	-- (neu)
Instrumentalisierung des Themas Kinderschutz	71	+10,9 %-(64)
Migrationsfeindlichkeit	60	-- (neu)
Antidiskriminierung, Schutz von Minderheiten und Marginalisierten	51	-- (neu)
Verschränkungen mit weiteren Ungleichheitsideologien		
Rassismen	107	+72,6 % (62)
Antisemitismus	21	+23,5 % (17)
Ableismus und Behindertenfeindlichkeit	20	+25 % (16)
Klassismus	5	-- (neu)
Altersdiskriminierung	5	-- (neu)
Feindbildmarkierungen und politische Zuschreibungen		
Feminismus als Feindbild: gewaltvolle Markierung/Abwertung als „Feministin“	77	+67,4% (46)
Zuschreibung von politischer Gegner*innenschaft (zusätzlich zu antifeministischer Feindbildmarkierung – bspw. Zuschreibung ‚links‘, ‚antifa‘)	158	-- (neu)

* Antifeministische Vorfälle beinhalten in den meisten Fällen diverse menschenfeindliche, diskriminierende Botschaften und greifen unterschiedliche anti-emanzipatorische Erzählungen auf – Mehrfachzuordnungen sind daher möglich. Die Gruppierung der Tabelle erfolgte entlang thematischer Kriterien und stellt keine inhaltliche Gewichtung dar.

** Der prozentuale Anstieg muss statistisch in Bezug zum Anstieg an Meldungen insgesamt (N) gesetzt werden: 2025 (N = 640) wurden 14,7 % mehr Meldungen erfasst als 2024 (N = 558). Ein Anstieg um ca. 15 % bedeutet also, dass das entsprechende Angriffsthema in etwa im gleichen Verhältnis wie 2024 vertreten ist.

2. Zentrale Erkenntnisse zu antifeministischen Vorfällen 2025

2.1 Antifeminismus fördert geschlechtsspezifische Gewalt und setzt sie als Angriffsmittel ein

Geschlechtsspezifische Gewalt nimmt eine doppelte Rolle in Antifeminismus ein: Antifeministische Akteur*innen greifen Maßnahmen und Einrichtungen zum Schutz gegen geschlechtsspezifische Gewalt gezielt an. Gleichzeitig nutzen sie selbst sexualisierte Gewalt und Bedrohungen als Mittel, um Betroffene und Fachkräfte einzuschüchtern und Schutz-/Unterstützungssysteme zu schwächen. Die Daten aus 2025 machen deutlich, dass Unterstützungsangebote zu geschlechtsspezifischer Gewalt und die Strukturen des Gewaltschutzes zunehmend systematischen und immer aggressiveren Angriffen ausgesetzt sind. Antifeminismus bildet die ideologische und politische Grundlage dieser Vorfälle. Die Angriffe binden erhebliche Ressourcen, da in den Schutz- und Unterstützungsprojekten zunehmend Zeit und Mittel für Sicherheitsmaßnahmen und Krisenmanagement aufgewendet werden müssen: eine massive zusätzliche Belastung in den meist bereits prekären Bedingungen der Tätigkeitsfelder.

“

„Eine Frauenberatungsstelle gestaltet im öffentlichen Raum eine „Rote Bank“ mit der Aufschrift „Hier ist kein Platz für Gewalt an Mädchen und Frauen!“. Die Bank wird darauffolgend mehrfach beschädigt, indem die Worte „Frauen“ und „Mädchen“ durchgestrichen oder zerkratzt werden. Die Beratungsstelle wehrt sich mit einer öffentlichkeitswirksamen Aktion, bei der die Bank gereinigt und neu bemalt wird, Nachbar*innen verteilen Informationsmaterial. Ein Zeichen für Solidarität und gegen antifeministischen Hass und Frauenfeindlichkeit. Vorfälle von Sachbeschädigung wiederholen sich in der Folgezeit dennoch regelmäßig. Einige Wochen später kommt es zu einem Vorfall direkt vor den Räumlichkeiten der Beratungsstelle - eine unbekannte Person wirft schreiend einen Gegenstand um und entfernt sich aufgebracht. Im Kontext der vermehrten Sachbeschädigungen in den Wochen zuvor, fühlen sich die anwesenden Mitarbeiterinnen verunsichert und es wird über die Erhöhung der Sicherheitsmaßnahmen gesprochen.“

– Anonymisierte Vorfallsbeschreibung aus den Meldungen des Jahres 2025, Lagebild Antifeminismus, S.34

“

„Drei Mitarbeiterinnen einer Beratungsstelle für Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, bereiten ein Projekt zum 08. März 2025 vor, das im öffentlichen Raum auf die hohen Zahlen und Betroffenen von tödlicher Gewalt gegen Frauen aufmerksam machen soll: Sie platzieren Karten mit Informationen zu allen Femiziden in Deutschland im vorangegangenen Jahr. Während sie die Karten aufhängen und sich dabei wiederholt bücken, werden sie von einem Mann gefilmt, wobei ihre Körper und insbesondere ihr Gesicht im Fokus stehen. Im weiteren Verlauf nähert sich der Mann den Mitarbeiterinnen, schlägt gegen die angebrachten Karten und äußert lautstark, warum sie sich nicht mit getöteten Männern beschäftigen würden. Die Mitarbeiterinnen fordern ihn auf, sich zu entfernen, woraufhin er sich erst nach einigen Minuten zurückzieht.“

– Anonymisierte Vorfallsbeschreibung aus den Meldungen des Jahres 2025, Lagebild Antifeminismus, S.33

2.2 Der digitale Raum ist eine zentrale Infrastruktur antifeministischer Radikalisierung und Gewalt

Fast ein Drittel aller gemeldeten Vorfälle fand 2025 online statt. Soziale Medien und digitale Plattformen erleichtern die Verbreitung antifeministischer, misogynen und queerfeindlicher Inhalte sowie die Vernetzung entsprechender Akteur*innen. Dadurch werden solche Inhalte zunehmend Teil des digitalen Alltags, insbesondere für junge Menschen.

Zum Angriffsgeschehen im digitalen Raum gehörten weiter eine Reihe von Vorfällen der organisierten, massenhaften Verbreitung von Inhalten, die schwerwiegende misogynie, sexualisierte und physische Gewalt propagieren. Deutlich macht dies etwa der Fall eines per Messenger-Dienst organisierten Vergewaltigungsnetzwerks. In entsprechenden Gruppen wurden Anleitungen zur Vergewaltigung, Information zur Sedierung von Frauen sowie Fotos und Videos der Taten verbreitet. Insbesondere im Zusammenhang mit neuen Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz nimmt die Ausweitung misogynen Diskurses und darum organisierter, antifeministischer Praxen im digitalen Raum enorm zu. Generative Anwendungen ermöglichen die sekundenschnelle Erstellung und millionenfache Verbreitung sogenannter Deep Fakes – nicht-konsensuell erstellter, sexualisierter Bilder und Videos, meist von Frauen und Minderjährigen.

“

„Auf einer Website wird ein Artikel mit diffamierenden Fotocollagen einer Gynäkologin veröffentlicht. Sie führt im Rahmen ihres Berufs und medizinischen Versorgungsauftrages Schwangerschaftsabbrüche durch. In dem Artikel wird sie als „Tötungsspezialistin“ bezeichnet und eine Verbindung zum Holocaust gezogen.“

– Anonymisierte Vorfallsbeschreibung aus den Meldungen des Jahres 2025, Lagebild, S. 36.

“

„Ein Kanal auf einer bekannten Video-Plattform verbreitet KI-generierte Videos, in denen Frauen um ihr Leben flehen, bevor sie getötet werden. Die Videos generieren hohe Klickzahlen und bleiben zunächst online. Der Kanal wird trotz Verstoßes gegen die Community-Richtlinien und entsprechenden Meldungen erst nach medialer Berichterstattung von den Website-Betreibenden gesperrt. In den Videos wird danach gefragt, wie die Frau im nächsten Video aussehen soll, wobei besonders die Frage der Ethnie hervorgehoben wird. Unter den Videos finden sich zahlreiche Kommentare auf Deutsch, in denen sich über die Gewaltdarstellung und über Frauen allgemein lustig gemacht wird, der Inhalt der Videos gelobt wird, sowie sexualisierende, spezifisch rassifizierende und spezifisch gewaltvolle Darstellungen für das nächste Video gefordert werden.“

– Anonymisierte Vorfallsbeschreibung aus den Meldungen des Jahres 2025, Lagebild, S. 31.

“

„Eine Influencerin veröffentlicht (anonymisiert) Nachrichten, in denen sie von männlichen Nutzerprofilen massiv sexistisch, misogyn und teils mit expliziten Gewalt- und Tötungsandrohungen beleidigt wurde. Sie thematisiert in dem Post die massive Gewalt, der sie als öffentlich auftretende Frau im digitalen Raum ausgesetzt ist. In Reaktion auf ihren Post bekommt sie eine erneute Welle frauenfeindlicher Kommentare und Nachrichten, sexualisierter Beschimpfungen, Mord- und Gewaltandrohungen sowie Drohungen gegen ihre Familie.“

– Anonymisierte Vorfallsbeschreibung aus den Meldungen des Jahres 2025, Lagebild, S. 36.

2.3 Die Zivilgesellschaft wird massiv durch Antifeminismus bedroht

Antifeministische Angriffe auf die Zivilgesellschaft haben im Jahr 2025 erneut drastisch zugenommen: Insgesamt 169 Angriffe zählte die Meldestelle Antifeminismus – ein Höchststand seit Beginn der Arbeit 2023. Dabei findet sich in den Angriffszielen die gesamte Vielfalt zivilgesellschaftlichen Engagements wieder: von Jugendzentren über Sportvereine bis hin zu Organisationen, die sich explizit für Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt einsetzen. Diese Formen der Gewalt zielen darauf ab, Engagement zu erschweren und Menschen durch Einschüchterung und Bedrohung davon abzuhalten, sich für Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt einzusetzen.

So beeinträchtigen antifeministische Angriffe die demokratische Qualität einer Gesellschaft: Demokratie lebt von pluralen Stimmen, offener Debatte und der Möglichkeit, unterschiedliche Interessen frei zu artikulieren. Wenn bestimmte Gruppen systematisch eingeschüchtert oder diskreditiert werden, wird dieser pluralistische Raum eingeschränkt. Die Zivilgesellschaft kann ihre Kontroll- und Vermittlungsfunktion dann nur noch eingeschränkt wahrnehmen. Langfristig führt dies zu einer Erosion demokratischer Normen wie Gleichberechtigung und Minderheitenschutz.

“

„Ein katholischer Jugendverband lädt öffentlich zur ersten Sitzung einer AG zum Thema Feminismus und Geschlechtergerechtigkeit ein. Digital schaltet sich eine männliche Person zum hybriden Treffen hinzu und hält ein Video mit lautem Ton in die Kamera: Ein masturbierender Mann und das Logo der AfD erscheinen. Der Teilnehmer wird aus der Konferenz geworfen und die restlichen Anwesenden widmen sich trotz Schock und Empörung nach einem kurzen Austausch über den Vorfall ihrem Treffen.“

– Anonymisierte Vorfallsbeschreibung aus den Meldungen des Jahres 2025, Lagebild S. 40.

“

„Ein queeres Anti-Gewalt-Projekt mit Beratungs- und Informationsstelle sieht sich über Monate vielfachen massiven Sachbeschädigungen ausgesetzt: Wiederholt wird nachts die Eingangstür mit Steinen eingeworfen, durch Brandstiftung beschädigt und ein Schild im Eingangsbereich abgerissen. Einmal wird sogar tagsüber eine Glasflasche gegen den Eingangsbereich geworfen.“

– Anonymisierte Vorfallsbeschreibung aus den Meldungen des Jahres 2025, Lagebild S. 39.

2.4 Antifeminismus greift demokratische Prinzipien an – u.a. durch strukturelle Angriffe auf Gleichstellungspolitik und Geschlechtergerechtigkeit

Antifeminismus äußert sich nicht nur in direkten Angriffen, etwa durch physische Gewalt, Sachbeschädigung, Beleidigung, Hate Speech, Bedrohung oder Diskriminierung. Die Daten aus dem Jahr 2025 zeigen vermehrt auch Vorfälle, die Organisationen und strukturelle, demokratisch verankerte Maßnahmen zur Erreichung von Geschlechtergerechtigkeit in Frage stellen und angreifen. So machten etwa verwaltungsrechtliche Maßnahmen, die darauf zielen, die Arbeit von Gleichstellungsstellen erheblich einzuschränken sowie die antifeministische Mobilisierung gleichstellungspolitischer Themen in politischen Gremien und Diskursen zusammen 148 der gemeldeten Vorfälle aus.

Ziel ist die Schwächung oder Abschaffung von Gleichstellungspolitik und demokratischen Schutzmechanismen, was dazu führen kann, dass der Zugang zu Schutz-, Beratungs- und Beteiligungsstrukturen für betroffene Gruppen abnimmt. Der Angriff auf gleichstellungspolitische Strukturen ist damit zugleich ein Angriff auf demokratische Teilhabe. Knapp die Hälfte aller antifeministischen Angriffe ging zudem eindeutig von demokratiefeindlichen Akteur*innen aus dem extrem rechten Spektrum aus oder verwies auf rechtsextreme Ideologien (313 von 640). 66 Vorfälle wiesen einen Zusammenhang zu religiös-fundamentalistischen Weltbildern auf, primär zu christlich-basiertem Fundamentalismus.

Die Verbindung von Antifeminismus und Rechtsextremismus sowie Fundamentalismus führt dazu, dass Angriffe nicht nur ideologisch, sondern auch strategisch organisiert sind und bewusst auf die Schwächung demokratischer Strukturen abzielen. Antifeminismus fungiert dabei häufig als Brückenideologie, die Menschen an weitergehende extremistische Positionen heranführt.

3. Unterstützung von Betroffenen und Angebote der Zentralen Anlaufstelle und Fachberatung bei organisierter Frauenfeindlichkeit und Antifeminismus (ZAFFA) im Jahr 2025

2025 wurden 82 Personen im Umgang mit Antifeminismus beraten und unterstützt, nachdem sie sich für die Dokumentation eines Vorfalles an die Meldestelle Antifeminismus gewandt hatten. In Form von anlassbezogenen Fachberatungen wurden über 60 Multiplikator*innen aus zivilgesellschaftlichen und fachpolitischen Organisationen, aus kommunalen, landes- und bundesweiten Vertretungsstrukturen sowie aus Beratungsstellen und Bildungsprojekten unterstützt. In 2025 wurden zudem über 20 Fortbildungen und Workshops für über 650 Personen und Multiplikator*innen verschiedener Zielgruppen und Fachbereiche, vor allem in frauen- und gleichstellungspolitischen Strukturen, angeboten. Die Anfragen und der Bedarf an Qualifizierung und Unterstützung überstiegen in 2025 bei weitem die Ressourcen im Projekt.

Der folgende Vorfall illustriert beispielhaft die komplexe Bedarfslage, mit der sich Betroffene an die Meldestelle Antifeminismus wenden:

“

„Eine Beratungs- und Anlaufstelle, die neben vielen anderen Angeboten über sexuelle Gesundheit und Schwangerschaftsabbrüche aufklärt, sieht sich seit Jahren massiven Anfeindungen ausgesetzt. Einerseits werden Anlaufstelle und die Mitarbeitenden gezielt aus dem rechtsextremen Milieu heraus diffamiert und dabei die besonders vulnerablen Zielgruppen behinderter, geflüchteter und/oder queerer Frauen und ihre Familien abgewertet. Zum anderen kommt es zu gezielten Anfeindungen und Bedrohungen durch christlich-fundamentalistische Akteur*innen. Auf einschlägigen Webseiten werden Namen, Foto und Arbeitsadresse von Mitarbeiter*innen veröffentlicht. Die individuelle Bedrohungslage für die Betroffenen spitzt sich zu. Einzelne Mitarbeiter*innen erhalten zudem in unregelmäßigen Abständen an sie persönlich gerichtete, anonym verfasste Hassnachrichten und Gewaltandrohungen per E-Mail, Brief oder Anruf. Mehrere Mitarbeiter*innen fühlen sich immer wieder unwohl. Der erhöhte Sicherheitsbedarf, psychische Druck durch die konstante Bedrohungslage und das Dilemma zwischen der Notwendigkeit, die Schutzmaßnahmen zu erhöhen, aber damit teils auch nachteilige Auswirkungen auf ihre betroffenenzentrierten Arbeitsprinzipien und die Zugänglichkeit für die Zielgruppen ihrer Angebote in Kauf nehmen zu müssen, belastet sie.“

– Anonymisierte Vorfallsbeschreibung aus den Meldungen des Jahres 2025, Lagebild S. 17.

Die Organisation wandte sich mit dem Bedarf einer Gefährdungseinschätzung sowie der Entwicklung eines Sicherheitskonzepts an die Meldestelle Antifeminismus. Auch Fragen nach Umgangsstrategien mit dem erhöhten psychischen Druck durch die dauerhafte Bedrohungslage sowie den Abwägungen zwischen Zugänglichkeit ihrer Angebote für Frauen und Familien einerseits und Schutzmaßnahmen für ihre eigene Sicherheit andererseits beschäftigten Leitung und Mitarbeitende nachhaltig. So kann die Pressearbeit nicht mehr im gewünschten Umfang durchgeführt werden, da sich gerade nach medialen Beiträgen die Angriffe in Form von (anonymen) Hassnachrichten und Gewaltandrohungen häufen. Der Umgang mit gewaltvollen Inhalten stellt das Team ebenfalls vor Probleme: Welche Strukturen können eingerichtet werden, damit persönlich bedrohte Kolleg*innen nicht allein für den Umgang, die Dokumentation und ggf. polizeiliche Anzeige zuständig sind, gleichzeitig jedoch über aktuelle Bedrohungen informiert und eine geteilte Gefährdungseinschätzung möglich sind. Auch die Darstellung und Zugänglichkeit ihrer Angebote wird durch die Bedrohungslage negativ beeinflusst: Fachkräfte und Ansprechpersonen trauen sich nicht mehr mit Foto auf der Webseite aufgeführt zu werden – obgleich sie es fachlich für die Zugänglichkeit ihrer Beratungsangebote wichtig fänden. Die Hürden, sich bei Unterstützungsangeboten zu melden und bspw. Beratung in Anspruch zu nehmen, ist für viele Menschen aus unterschiedlichen Gründen sehr hoch. Sich im Vorfeld ein Bild machen zu können, kann ein wichtiger Faktor sein, diesen Schritt zu erleichtern. Die Frage, inwiefern ein juristisches Vorgehen gegen die öffentlichen Diffamierungen der Organisation und ihrer Angebote, aber auch gegen namentlich genannte Mitarbeiter*innen möglich ist, beschäftigte die Betroffenen ebenfalls. Dabei spielten, neben der Ungewissheit bezüglich der Erfolgsaussichten, auch die für ein unter Umständen langjähriges Verfahren nötigen finanziellen, zeitlichen und emotionalen Kapazitäten eine zentrale Rolle.